Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1876

10.11.1876 (No. 268)

Visual Library

Karlsruher Zeitung.

Freitag, 10. November.

№ 268. Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf. Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden. Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 18 Pfennige. Briefe und Gelder frei. **1876.**

Amtlicher Theil.

Seine Majestät der Kaiser und König haben mittelst Allerhöchster Kabinets-Ordre vom 4. d. Mts. Allergnädigst geruht, den Hauptmann und Kompagnie-Chef v. Apell vom Hannover'schen Jäger-Bataillon Nr. 10 als aggregirt zum 1. Oberschlesischen Infanterie-Regiment Nr. 22 und von diesem Regiment den Premierlieutenant v. Glinsky, unter Beförderung zum Hauptmann und Kompagnie-Chef, in das Hannover'sche Jäger-Bataillon Nr. 10 zu versetzen, sowie den Secondelieutenant Zimmermann zum Premierlieutenant zu befördern.

Seine Excellenz der Kriegsminister hat unter dem 1. November cr. den Hauptmann à la suite der Armee, Hoffmann, von der Intendantur des 14. Armee-Corps zu der Intendantur des 8. Armee-Corps, unter Ueberweisung als Vorstand zu der Intendantur der 16. Division in Trier versetzt.

Nicht-Amtlicher Theil.

Telegramme.

† **Berlin**, 8. Nov. Reichstag. Der Reichstag überwies die allgemeine Reichshaushalts-Rechnung pro 1872 an die Rechnungskommission; genehmigte hierauf den Antrag behufs Einstelllung des schwebenden Strafverfahrens gegen Hasselmann, Geib und Bahlteich und nahm in dritter Lesung die Verordnung wegen Abänderung des Gesetzes, betreffend die Bezirksverwaltungen, Kreisvertretungen und Wahlen zu Gemeinderäthen in Elsaß-Lothringen an. Die zweite Berathung des Etats wurde fortgesetzt. Beim Etat „Reichsschuld" monirte Bamberger die noch nicht erfolgte Ausprägung goldener Fünf-Mark-Stücke. Beim Post- und Telegraphenetat wurde nach längerer Debatte der Antrag auf Wiederherstellung der früheren ersten Zone für Telegraphiegebühren, unter Beibehaltung einer 3-Pfennig-Gebühr pro Wort, mittelst „Hammelsprung" mit 114 gegen 91 Stimmen angenommen. Der General-Postmeister hatte sich gegen den Antrag ausgesprochen und auf die Nothwendigkeit, den Tarif in jetziger Höhe zu erhalten, und auf das frühere durch die neue Organisation verringerte Defizit in der Telegraphenverwaltung hingewiesen. Derselbe erwähnte ferner die theuere Telegraphenverbindung mit England und fügte hinzu, daß wegen Herabminderung derselben Verhandlungen schwebten, bei welcher sich England sehr entgegenkommend zeigte.

Auf eine Anfrage des Abg. v. Schorlemer-Alst, die in Bromberg erfolgte Anfertigung von Facsimiles der Handschrift des Kardinals Ledochowski und die Weisung, von der Hand Ledochowski's adressirte Briefe an den Staatsanwalt abzugeben, betreffend, erklärte der General-Postmeister, die Staatsanwaltschaft habe die Gesetzgebung zur Seite, die Postverwaltung treffe kein Vorwurf, es handle sich lediglich um eine Requisition des Staatsanwalts. Im Fortgange der Sitzung werden alle zur Plenarberathung gestellten Spezialetats in zweiter Lesung genehmigt. Nächste Sitzung am 15. d. M.

† **Pesth**, 8. Nov. Nach dem „Pesther Lloyd" bestätigt es sich, daß Konstantinopel zum Konferenzort bestimmt sei, die Pforte soll verlangen, daß den Konferenzmitgliedern die Ermächtigung zu bindenden Beschlüssen ertheilt werde.

† **San Remo**, 8. Nov. Die Herzogin von Aosta ist heute morgen gestorben.

† **Cairo**, 8. Nov. In der Organisation des obersten Schatzrathes wurden Einschränkungen gemäß dem finanziellen Plan Göschen-Joubert eingeführt, und da sie aufrecht erhalten wurden, bestand Scialoja auf seiner Demission, die der Khedive, sein Bedauern ausdrückend, annahm.

† **New-York**, 8. Nov. „Reuter's Bureau" meldet: Während „New-York Times" das Wahlergebniß noch für zweifelhaft erachtet, kündigen die übrigen Blätter die Wahl Tilden's zum Präsidenten an. Die demokratische Majorität im Staat New-York wird auf 30,000 bis 40,000 Stimmen geschätzt; auch in Connecticut, Indiana, Mississippi und Nordkarolina ist der demokratische Sieg unzweifelhaft. Dagegen ist das Resultat in Wisconsin, Californien und Florida noch ungewiß. Butler und Banks sind in Massachusets zu Kongreßmitgliedern gewählt. — Nach Berichten aus Mexiko haben der Kongreß und das Obergericht die Wiederwahl Lerdo de Tejada's zum Präsidenten der Republik bestätigt.

---

† **Brüssel**, 8. Nov. „Nord" bezeichnet die Gerüchte, daß das Konferenzprojekt aufgegeben sei, als unbegründet. Rußland insbesondere bestehe auf der baldigen Eröffnung der Berathungen in Konstantinopel auf der Basis der englischen Vorschläge und habe die Großmächte eingeladen, ihren Vertretern in Konstantinopel Instruktionen zu senden. Ignatieff solle seine Instruktionen energisch aufrecht erhalten, wonach eine weitgehende administrative Autonomie für Bosnien, Herzegowina und Bulgarien mit ausreichenden Garantien unter Kontrole der Großmächte gefordert werde.

† **Paris**, 8. Nov. Die „Agence Havas" erfährt, Elliot legte nunmehr der Pforte die engl. Konferenzvorschläge vor. Uebereinstimmend mit anderweitigen Nachrichten verlautet über den Inhalt derselben, daß sie auf der Basis der Integrität der Türkei, sowie auf der administrativen Autonomie der insurgirten Provinzen, wie bereits von Derby vorgeschlagen, beruhen. Die Vorschläge sollen so gefaßt sein, daß sowohl Rußland wie die Türkei in der Lage sind, Gegenvorschläge zu machen. Die Antwort der Pforte erfolgt erst, sobald die Erwiderungen der Großmächte eingegangen sein werden; man glaubt, daß die Mächte ihre Meinungsäußerungen so lange aussetzen werden, bis sie sich über die bezüglichen Anschauungen Rußlands vergewissert haben. Die Antwort Rußlands ist bald nach der Rückkehr des Czaren nach Petersburg zu erwarten.

† **Köln**, 8. Nov. Ueber den englischen Konferenzvorschlag erfährt die „Köln. Ztg.": Die Konferenz wird in Konstantinopel von allen Mächten mit Einschluß der Türkei abgehalten und jede Macht durch zwei Bevollmächtigte vertreten werden. Die Konferenz soll auf drei Grundlagen beruhen: 1) Unabhängigkeit und Integrität der Türkei, 2) Erklärung aller Mächte, daß sie keine Gebietsvergrößerung suchen, noch ausschließlichen Einfluß oder Zugeständnisse in Handelsangelegenheiten mit der Türkei anstreben, 3) werden für die Pazifikation der insurgirten Provinzen die englischen, durch Elliot überreichten Vorschläge zu Grunde gelegt werden. Die „Köln. Ztg." fügt hinzu, daß man noch nicht wisse, ob der englische Vorschlag von allen Mächten angenommen worden sei.

Deutschland.

Karlsruhe, 8. Nov. Der „Staats-Anzeiger" Nr. 51 vom Heutigen enthält (außer Personalnachrichten):

Verfügungen und Bekanntmachungen der Staatsbehörden: 1) Des Ministeriums des Großherzoglichen Hauses und der Justiz: a. die Aufnahme des Referendärs Alfred Bräunig von Freiburg in den Anwaltstand betreffend; b. den Notar Karl Pfannenmüller in Engen betreffend. 2) Des Ministeriums des Innern: a. die Vergebung eines Stipendiums aus der Friedrich-Christiane-Luisen-Stiftung in Karlsruhe betreffend; b. die Vergebung von Stipendien aus dem Sapienzfond in Heidelberg betreffend. 3) Des Handelsministeriums: die Prüfung der Ingenieurkandidaten betreffend.

○ **Berlin**, 7. Nov. In der feierlichen Audienz, welche Se. Maj. der Kaiser gestern Nachmittag 1½ Uhr dem türkischen Botschafter am hiesigen Hofe, Edhem Pascha, ertheilte, nahm Höchstderselbe aus dessen Händen ein Schreiben des Sultans Abdul Hamid II. entgegen, durch welches dieser seine Thronbesteigung notifizirt. Darauf hatte der Botschafter die Ehre, Sr. Maj. sein neues Beglaubigungsschreiben zu überreichen. — Die Nachrichten über das Befinden Sr. Maj. des Kaisers lauten auch heute sehr günstig. Bereits sind alle Spuren des jüngsten Unwohlseins geschwunden und die frühere Frische und Rüstigkeit ist wiedergekehrt. Aus Schonungsrücksichten hat aber Se. Maj. auf ärztlichen Rath heute ebenso wie gestern die Anfangs beabsichtigte Spazierfahrt wegen des rauhen Schneewetters unterlassen. Schon Morgens trat hier bei scharfem Winde ein Schneefall ein, der bis zum späten Nachmittag andauerte. — Heute Vormittag empfing der Kaiser den diesseitigen Militärbevollmächtigten am kaiserl. russischen Hofe, Generallieutenant und Generaladjutanten v. Werder, welcher heute früh aus Livadia hier eingetroffen ist. Wie seiner Zeit gemeldet, begleitete der General anfangs September Se. Maj. den Kaiser von Rußland zuerst von Petersburg nach Warschau und dann von dort nach der Krim. Bis vor einigen Tagen hat derselbe am kaiserl. Hoflager in Livadia verweilt. Der kaiserl. deutsche Botschafter am kaiserl. russischen Hofe, Generallieutenant und Generaladjutant v. Schweinitz, welcher bekanntlich in letzterer Zeit ebenfalls sich daselbst aufgehalten hat, ist gestern von Livadia nach Petersburg abgereist. Heute gedachten der Kaiser und die Kaiserin von Rußland in Begleitung der zu ihnen nach der Krim gekommenen großfürstlichen Herrschaften Livadia wieder zu verlassen und sich zunächst nach Moskau zu begeben. Die Ankunft Höchstderselben in Zarskoje-Selo wird zum 15. d. M. erwartet. Von Seiten der russischen Politik wird in dem jetzigen Stadium der orientalischen Frage eine sehr lebhafte Thätigkeit entfaltet. Mehrfache Anzeichen deuten darauf hin, daß es sich bei ihren Bemühungen hauptsächlich darum handelt, für eine durchgreifende Verbesserung des Looses der im Unterthanenverhältniß zur türkischen Pforte stehenden Christen feste Bürgschaften zu gewinnen. Besonders wird von Rußland für die christlichen Bewohner Bosniens, der Herzegowina und Bulgariens eine gegen türkische Willkürherrschaft und Mißwirthschaft geschützte Verwaltungsautonomie angestrebt.

Wie verlautet, wird der Reichskanzler Fürst v. Bismarck in etwa acht Tagen nach Berlin kommen, um an den Verhandlungen des Reichstages Theil zu nehmen. In der heutigen Sitzung des Reichstags wurde die Zusammenstellung der Bedenken des Bundesrathes gegen die Anträge der Reichstags-Justizkommission zur Prüfung und Berichterstattung an die Justizkommission überwiesen. Um der Kommission ausreichende Berathungszeit zu gewähren, sind für sechs Tage die Plenarsitzungen des Reichstages ausgesetzt worden.

♂ **Berlin**, 7. Nov. Obgleich der Reichstag erst morgen bei der Festsetzung der Tagesordnung über seine weiteren Arbeiten beschließen wird, so steht doch schon außer Zweifel, daß sich in den nächsten Tagen das parlamentarische Interesse nicht in den sporadischen Plenarsitzungen, sondern in den Verhandlungen der Justizkommission konzentriren wird. Man hatte allerdings in den Kreisen des Präsidiums Anfangs Bedenken getragen, eine zeitweise Vertagung vorzuschlagen, weil man befürchtete, es möchte sich nach Wiederbeginn der Sitzungen nochmals Beschlußunfähigkeit des Hauses einstellen. Angesichts der Wichtigkeit der Justizgesetze konnte jedoch von einer solchen Gefahr später nicht mehr die Rede sein. Was das Schicksal der Justizgesetze betrifft, so nimmt man in parlamentarischen Kreisen schon heute an, daß der Bundesrath sich endgiltig nur gegen die Verweisung der Preßvergehen an die Schwurgerichte und vielleicht gegen die Aufhebung des Zeugnißzwangs aussprechen wird. Dagegen dürfte er seinen bisherigen Widerstand gegen die Beseitigung des Kompetenzkonflikts und der übrigen Erschwerungen des Rechtsweges, sowie gegen die Verfolgbarkeit der Beamten aufgeben und sich schließlich auch bezüglich der Stellung der Vertheidigung resp. der Staatsanwaltschaft im Wesentlichen die Beschlüsse der Justizkommission aneignen. Auf dieser Basis hält man das Zustandekommen der Gesetze für gesichert und der Ausgang der Verhandlungen wird diese Annahme wahrscheinlich bestätigen.

Die Mittheilung, daß Fürst Bismarck der Berathung der Justizgesetze im Plenum beiwohnen wird, dürfte sich bestätigen. Es bestand allerdings, wie man jetzt erfährt, bei dem Reichskanzler die Absicht, schon in den ersten Tagen der laufenden Woche in Berlin zu erscheinen; dieselbe ist indeß aufgegeben, nachdem die Nachricht eingetroffen, daß die Krisis in Konstantinopel durch Annahme des Waffenstillstandes einen vorläufigen Abschluß gefunden. Aus welchen politischen Gründen aber auch immer: jedenfalls wird der Kanzler bald in die Hauptstadt zurückkehren, und zwar schon der grimmen Schneestürme wegen, die ungewöhnlich früh und plötzlich über das nördliche Deutschland hereingebrochen sind und den ungeschützt daliegenden Landsitz nicht weit vom Ufer der Ostsee zu einem sehr unwirthlichen Aufenthalt machen.

Für die Mitglieder des Reichstages, soweit sie nicht der Justizkommission angehören, naht eine Zeit relativer Muße, die jedenfalls von sehr vielen zu kurzen Reisen nach der Heimath benutzt werden wird. Während nämlich jene Kommission sich über den ihr zu erneuter Berathung zugewiesenen Theil der Abänderungen des Bundesraths schlüssig macht, wird das Plenum, wie wir an dieser Stelle bereits meldeten, nur seltene Sitzungstage anberaumen können. Die socialdemokratischen Abgeordneten werden sich die erwünschte Gelegenheit zu Agitationsreisen nicht entgehen lassen, mehr, wie sie selbst gestehen, um sich ihre alten Wahlkreise zu erhalten, als um neue zu erobern. Außer in irgend einem vereinzelten schleswig-holsteinischen Wahlkreise, im VI. Bezirke der Reichs-Hauptstadt und vielleicht im Landkreise Leipzig rechnen sie auf keine neuen Erfolge. Indeß werden sie auch diese nicht erringen, wenn die gegnerischen Parteien nur einigermaßen wach- und arbeitsam sind. In Elberfeld-Barmen hoffen die letzteren diesmal, falls sie nur einen irgend hervorragenden Kandidaten aufstellen können, den socialdemokratischen Vertreter Hasselmann aus dem Felde zu schlagen. Leider tritt bei den Reichstags-Wahlen der Mangel an geeigneten Kandidaten noch viel stärker zu Tage, als bei den eben beendeten Wahlen zum Abgeordnetenhause.

A **Berlin**, 7. Nov. Die Kommission des Reichstags zur Vorberathung des Gesetzes über die Seeunfälle besteht aus folgenden Abgeordneten: Dr. Kapp (Vorsitzender), Dr. Nieper (Stellvertreter des Vorsitzenden), Frhr. v. Sooden (Schriftführer), Dr. Dohrn (Stellvertreter des Schriftführers), Dr. Banks, Dr. Zimmermann, v. Freeden, Haupt, v. Saint Paul-Illaire, Mosle, Flügge, v. Lenthe, Frhr. v. Heeremann und Möhring.

Der Reichstag, welcher voraussichtlich morgen mit der Etatsberathung zu Ende gelangt, wird dann seine Plenarsitzungen für die Dauer von acht Tagen aussetzen, um der Justizkommission für ihre Berathungen Zeit zu lassen. Auch die Budgetkommission wird ihre Berathungen aus demselben Grunde bis zur nächsten Woche aussetzen. Von dann ab werden die Plenarberathungen der Justizgesetze beginnen und ohne Unterbrechung bis zu ihrer Beendigung fortgesetzt werden.

Von den Abgg. Mosle, Dr. Dohrn, Grumbrecht und Dr. Kapp ist folgender Antrag beim Reichstag eingebracht worden: „den Reichskanzler zu ersuchen, dem Reichstage bald-

thunlichst einen Gesetzentwurf vorlegen zu lassen, welcher in Ausführung der Reichsverfassung (Art. 4 Nr. 9 und Art. 54) die Verwaltung der Seeschifffahrts-Zeichen an den Küsten und auf den Flußrevieren, soweit dieselben von Seeschiffen befahren werden, einer einheitlichen Regelung unter Oberaufsicht des Reichs unterzieht".

A. **Berlin**, 8. Nov. (Reichstag. 6. Sitzung.)

Präsident v. Forckenbeck eröffnet die Sitzung um 12½ Uhr mit den üblichen geschäftlichen Mittheilungen. Am Tisch der Bundeskommissarien befinden sich der bayrische Minister Pergler v. Perglas, der Unterstaatssekretär Herzog u. m. A. — Die Plätze im Hause zeigen auch heute viele Lücken. — Das Haus tritt sofort in die Tagesordnung:

I. Erste Berathung der allgemeinen Rechnungen über den Haushalt des Deutschen Reichs für das Jahr 1872. — Die Vorlage wird ohne Debatte der Rechnungskommission überwiesen.

II. Antrag des Abg. Most betreffend die Aufhebung der gegen die Abgg. Hasselmann, Geib und Vahlteich schwebenden Untersuchungen für die Dauer der gegenwärtigen Session. — Der Antragsteller Abg. Most befürwortet unter eingehender Bezeichnung der Delicte, welcher sich die in Rede stehenden Abgeordneten schuldig gemacht haben, seinen Antrag. — Der Abg. Gerhardt verweist darauf, daß der Antragsteller in seinem Antrag den Ausdruck gebraucht habe, daß die Abgg. Geib und Vahlteich wegen „angeblicher" Uebertretung resp. Beleidigung in Anklagezustand versetzt seien. Der Ausdruck „angeblich" scheine ihm eine Verhöhnung zu involviren und bitte er deßhalb das Haus, nur unter Streichung des Wortes „angeblich" dem Antrag des Abg. Most zuzustimmen. — Abg. v. Bernuth widerstreitet der Ansicht des Vorredners; der Ausdruck „angeblich" sei vollkommen korrekt, so lange noch nicht eine Verurtheilung der Gerichte erfolgt sei. Auch habe das Haus schon früher diesem Ausdruck zugestimmt. — Der Antrag Most wird hierauf ohne weiteren Widerspruch angenommen.

III. Dritte Berathung der Verordnung vom 28. April 1876 wegen Abänderung des Gesetzes vom 24. Jan. 1873, betreffend die Bezirksverwaltungen, die Kreisvertretungen und die Wahlen zu den Gemeinderäthen. — Die Vorlage wird ohne jede Diskussion in der dritten Lesung genehmigt.

IV. Fortsetzung der zweiten Berathung des Entwurfs eines Gesetzes betreffend die Feststellung des Haushaltsetats des Deutschen Reiches für das Vierteljahr vom 1. Januar bis 31. März 1877.

Der Etat des Reichs-Eisenbahn-Amts wird ohne Diskussion genehmigt. — Bei dem Etat der Reichsschuld vermißt Abg. Bamberger noch immer die Darlegung über die Durchführung der Münzreform, welche in diesem Jahre nach dem Münzgesetze gegeben werden solle. Er verbreitet sich dann ausführlicher über die ausgemünzten Geldstücke, wünscht, daß mit der Ausprägung von Kupfer- und Nickelmünzen, ebenso auch von silbernen Fünf-Mark-Stücken inne gehalten werde und daß man mit der Ausprägung goldener Fünf-Mark-Stücke beginne. Die silbernen Fünf-Mark-Stücke hätten nach der Ansicht des Redners einen viel geringeren Werth, den er nur auf 3⅗ Mark taxirt.

Der Etat der Reichsschuld wird hierauf ohne weitere Diskussion genehmigt, ebenso die Etats des Rechnungshofes und des Reichs-Oberhandelsgerichts. — Bei dem Etat des Allgemeinen Pensionsfonds weist Abg. v. Bernuth auf die Nothwendigkeit einer gesetzlichen Regelung der Ansprüche der Hinterbliebenen verstorbener Beamten, welche schon wiederholt in diesem Hause zur Anregung gebracht sei.

Präsident des Reichskanzler-Amts, Staatsminister Dr. Hofmann. Die Staatsregierung erkenne die Dringlichkeit der Regelung dieser Angelegenheit an, dieselbe befinde sich auch bereits in der Vorbereitung und hege er die Hoffnung, noch im Laufe der nächsten Session einen den Gegenstand betreffenden Gesetzentwurf dem Hause vorlegen zu können.

Der Etat des Allgemeinen Pensionsfonds wird hierauf ohne weitere Debatte genehmigt und in derselben Weise die Etats des Reichs-Invalidenfonds und der Wechselstempel-Steuer erledigt.

Bei dem nun folgenden Etat der Post- und Telegraphenverwaltung weist zunächst der Abg. Reichensperger, Crefeld, auf die mangelhafte Einrichtung hin, daß für vom Auslande eintreffende Postkarten, welche nicht genügend frankirt sind und bei denen nur ein Porto von 1 bis 2 Pfennigen fehle, ein Strafporto von dem Empfänger erhoben werde, das in vielen Fällen sich auf mehrere Franken erhöhe. Er meine, daß man bei Postsachen, welche vom Auslande eintreffen und bei denen man nur Unkenntniß der Absender in Bezug auf unsere Portoverhältnisse voraussetzen könne, nicht so rigoros verfahren und sich mit einer Erhebung eines Nachporto's bis zur tarifmäßigen Höhe begnügen solle. Dasselbe Verhältniß wünsche er auch bei den vom Auslande eintreffenden Kreuzband-Sendungen eingeführt zu sehen. Endlich bitte er auch um mildere Bestimmungen in Bezug auf die Verpackung von in's Ausland gehenden Packeten, welche denjenigen für das Inland entsprechen.

General-Postmeister Dr. Stephan. Der erste Gegenstand der Beschwerde des Vorredners habe bereits Erledigung gefunden, indem bereits die Bestimmung ergangen sei, bei den aus dem Auslande eintreffenden und nicht genügend frankirten Postkarten von dem Empfänger nur das fehlende Porto einzuziehen. In Betreff der Kreuzband-Sendungen stehe eine Regelung in Aussicht, die sich aber noch nicht so leicht regeln lasse, da hierzu die Zustimmung der Majorität derjenigen Regierungen erforderlich sei, welche zu dem allgemeinen Postverband gehören. Die Regelung der Wünsche des Vorredners in Bezug auf die Verpackung der Packete sei noch schwieriger, weil bei dieser außer der Postverwaltung noch verschiedene andere Verwaltungen, z. B. diejenigen der Eisenbahnen, der Zollverwaltung 2c. in Betracht kommen. Er werde jedoch darauf bedacht sein, auch nach dieser Seite hin eine Regelung der Angelegenheiten anzustreben.

Frhr. Nordeck zur Rabenau spricht den Wunsch aus, daß auf den Eisenbahnen die Packetsendungen besser und sorgfältiger behandelt werden möchten, da dieselben in der Regel in sehr defektem Zustande an ihrem Bestimmungsort eintreffen.

General-Postmeister Dr. Stephan: Hier sei es schwierig, Abhilfe zu schaffen, sie sei nur dadurch möglich, daß man entweder die Schnellzüge für Packetsendungen nicht benütze, oder aber sich den Bestimmungen der Postordnung füge, welche eine gute Verpackung der Packete fordere. Eine Ein- und Ausladung der Packete auf den Stationen in Körben, wie Vorredner wolle, werde auch nicht helfen.

Bei Tit. 2 des Etats (Gebühren für Beförderung telegraphischer Depeschen) stellt der Abg. Schröder (Friedberg) den Antrag, den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, daß für Telegramme die frühere erste Zone wieder hergestellt und die Gebühr für die erste Zone, unter Beibehaltung der Expeditionsgebühr, auf drei Pfennig pro Wort herabgesetzt werde, und befürwortet diesen Antrag mit der Beschwerde, welche aus allen Theilen des Reiches darüber eingehen, daß Telegramme auf geringere Entfernung durch den neuen Telegraphentarif in zu hohem Maße vertheuert werden.

Abg. Grumbrecht will sich zwar nicht direkt gegen diesen Antrag aussprechen, meint aber, daß man heute noch nicht Ursache habe, ein solches Verlangen an die Telegraphenverwaltung zu stellen, da erstens noch nicht genügende Erfahrungen vorliegen, zweitens aber der Etat ohnehin schon mit ungünstigen Resultaten und einem Defizit zu kämpfen habe, das bei solchen Maßregeln viel eher noch vermehrt als verringert werden könnte.

Abg. v. Behr-Schmoldow vertheidigt gleichfalls den Antrag Schröder, der einem allgemein gefühlten Mangel abhelfen werde, wenn er bei der Telegraphenverwaltung Berücksichtigung finde.

Abg. Schmidt (Stettin) verweist darauf, daß die Einnahmen der Telegraphenverwaltung sich noch steigern würden, wenn die Gebührenbefreiung aufgehoben würde, wie dies bei der Briefbeförderung geschehen. Ebenso wünscht er den Zeitungen während der Abend- und Nachtstunden für ihren Depeschenverkehr Erleichterungen zu gewähren. Zwei große Zeitungen, die Magdeburger und die Kölnische, haben besondere Verträge mit der Telegraphenverwaltung abgeschlossen, um ihre Depeschen unter erleichterten Bedingungen zu befördern. Aehnliche Erleichterungen fordert Redner für den Depeschenverkehr nach England, gleichwie bereits der Verkehr mit Dänemark erleichtert sei.

General-Postmeister Stephan: Die Gebührenfreiheit sei ein wunder Punkt in der Telegraphenverwaltung und alle Verordnungen, welche bisher gegen sie und namentlich gegen ihre Ausnützung ergingen, sind nutzlos gewesen. Es ist jetzt jedoch eine Verordnung vorbereitet, welche ähnliche Grundsätze aufstellt, wie sie bei der Post existiren. Der Presse Erleichterungen zu gewähren, dazu ist die Telegraphenverwaltung gern bereit. Ein Uebelstand ist, daß der Tarif mit England noch zu hoch ist, es besteht jedoch jetzt beiderseits die Absicht, eine Ermäßigung herbeizuführen. Die Schwierigkeiten, welche die submarine Kompagnie uns bisher bereitet, dürften, wenn nicht anders, so durch Legung eines eigenen Kabels beseitigt werden. Zu dem Antrag Schröder übergehend, konstatirt Redner, daß nach Wegfall des Worttarifs die Durchschnittszahl der Worte eines einfachen Telegramms von 20 auf 14 herabgesunken ist, was jährlich 40 Millionen Worte oder 30,000 Arbeitstage ausmacht. Das Defizit der Telegraphenverwaltung war von Jahr zu Jahr im Steigen begriffen, das resultire aus der Thatsache, daß die Selbstkosten eines Telegramms für die Verwaltung 110 Pf. betragen und nur 78 Pf. einbringen. Daraus gehe auch hervor, daß unter einem gewissen Minimum Telegramme befördert würden. Nach Einführung des neuen Tarifs ist der Ertrag eines Telegramms auf 85 Pf. gestiegen. Eine Ermäßigung der Gebühren würde er gern befürworten, wenn die Zeit gekommen, aber nicht für eine einzelne Klasse, sondern im Ganzen. In den letzten Monaten ist eine Besserung des Verkehrs eingetreten; würde diese nachhaltig sein, würde er sich freuen, mit einer Ermäßigung vorgehen zu können. (Beifall.)

Abg. Günther (Sachsen) befürwortet gleichfalls den Antrag Schröder unter Hinweisung darauf, daß das kleinere Gewerbe und die Landwirthschaft darunter leide.

Abg. Richter (Hagen): Auf Veranlassung des Grafen Itzenplitz habe der Reichstag im Jahr 1873 zugegeben, daß Tarifveränderungen nicht durchs Gesetz, sondern auf dem Verordnungswege geschehen können, daher sei die Telegraphen-Verwaltung jetzt im Recht, hätte man die Dinge ahnen können, hätte man sich nicht überrumpeln lassen. Die Telegraphen-Verwaltung sollte sich über die Bedürfnisse des Publikums unterrichten und niemals mit so tief einschneidenden Maßregeln, ohne den Reichstag zu fragen, vor das Publikum treten, die eigentlich einen geringen finanziellen Erfolg haben, der Telegraphen-Verwaltung etwa eine Million Mark mehr einbringen, die Depeschenzahl aber herabdrücken. Das Prinzip sei daher ein falsches und bewillige nur der Börse eine Staatsprämie.

Generalpostmeister Stephan: Gerade aus Börsenkreisen werde gegen den Tarif opponirt, das widerlege am besten die letztere Behauptung. Die Abnahme der Depeschenzahl liege in der allgemeinen Geschäftskalamität. Er habe die Frage wohl geprüft und sei der Ueberzeugung, daß der kleine Verkehr diese kleine Erhöhung wohl ertragen könne.

Nachdem Abg. Reichensperger (Crefeld) die Hoffnung ausgesprochen, der Generalpostmeister werde die Frage überreichlich erwägen, und außerdem den Vorschlag gemacht, die Zwangsgebühr von 20 auf 30 Pfennige zu erhöhen, die Gebühren für die Adresse aber aufzuheben, wird der Antrag Schröder mit 114 gegen 98 Stimmen angenommen.

Bei Art. 4 des Etats bringt Abg. Schorlemer-Alst die Angelegenheit wegen der Beschlagnahme der Briefe des Kardinal Graf Ledochowski in Anregung und fragt, ob dem Gen.-Postmeister bekannt geworden, daß den Postbeamten der Ober-Postdirektion zu Bromberg von dieser Ober-Postdirektion ein Facsimile einer vom Grafen Ledochowski geschriebenen Adresse mit der Weisung zugegangen sei, Briefe mit ähnlicher Handschrift zu sistiren, und wenn ja, ob die Anfertigung dieses Facsimiles durch die Ober-Postdirektion zu Bromberg mit seiner Zustimmung geschehen sei.

Gen.-Postmeister Stephan erwidert, daß es nicht wahr sei, daß die Ober-Postdirektion zu Bromberg und Posen dieses Facsimile habe anfertigen lassen. (Bewegung.)

Frhr. v. Schorlemer fragt, ob es wahr sei, daß das Facsimile an die in Rede stehenden Postbeamten vertheilt sei mit der Weisung der Ober-Postdirektionen Briefe mit solcher oder ähnlicher Adresse zu sistiren?

General-Postmeister Stephan erklärt, daß es nicht wahr sei, daß die Ober-Postdirektoren zu Posen und Bromberg diese Maßregel veranlaßt haben, und ersucht den Redner um größere Deutlichkeit.

Abg. v. Schorlemer verliest das amtliche Reskript der Ober-Postdirektion zu Bromberg vom 13. Sept. 1876, welches in der Presse mitgetheilt ist, und fragt, ob dies dem General-Postmeister bekannt sei.

General-Postmeister Stephan hat diese Verfügung der Ober-Postdirektion zu Bromberg aus der ultramontanen Presse kennen gelernt. Sie sei allerdings erlassen worden (Aha!) und zwar auf Requisition der Ober-Staatsanwälte zu Posen und Bromberg auf Grund des Art. 33 der preußischen Verfassung, des § 123 der Kriminalordnung und des § 7 der Verordnung vom 4. Januar 1849.

Abg. v. Schorlemer hätte gewünscht, daß der General-Postmeister den Wortlaut der Verfügung der Ober-Staatsanwälte mitgetheilt hätte. Es handle sich nicht darum, daß eine Untersuchung eingeleitet, sondern daß man gerade diese Form des Facsimile und den Weg gewählt, durch die Postbeamten die Briefe mit solcher Handschrift zu sistiren. Diese Maßregel hebe das Briefgeheimniß vollständig auf. Wenn Jemand eine ähnliche Handschrift wie der Kardinal Ledochowski habe, so laufe er Gefahr, daß sein Briefgeheimniß verletzt werde. Das sei eine viel schlimmere Gefahr, als das Vergehen des Grafen Ledochowski. Es kennzeichne aber auch gleichzeitig die große Schlauheit der Postbehörde, denn man könne wohl annehmen, daß Graf Ledochowski, nachdem er diese Maßregel erfahren, seine Adressen von einer anderen Hand schreiben lassen werde. Dadurch werde der Zweck der Ober-Staatsanwaltschaft nicht erreicht, aber dem Ansehen der Postbehörde geschadet. Es beweise das, wie nothwendig der Erlaß eines Postgesetzes sei.

General-Postmeister Stephan: Das Verfahren der Ober-Postdirektionen Bromberg und Posen sei nur auf Requisition der Oberstaatsanwaltschaft erfolgt und aus keinem anderen Grunde, und er müsse von der Postverwaltung mit aller Entschiedenheit den Vorwurf fernhalten, als ob ihrerseits das Briefgeheimniß verletzt worden.

Abg. Dr. Windthorst wünscht schon jetzt in der Lage zu sein, unterschreiben zu können, daß die Postbehörde keine Schuld treffe, das sei aber nicht möglich, wenn die Verfügung des Ober-Staatsanwalts nicht zur Stelle sei. Man müsse wissen, ob die Ober-Staatsanwaltschaft gesetzmäßig verfahren und in welchem Umfange die Requisition erhoben worden sei. Das sei ein Grund, weßhalb er in früherer Sitzung gesagt, die Kriminaljustiz-Pflege werde in Preußen zu politischen Zwecken gemißbraucht. Ihm selbst seien wiederholt verletzte Briefe zugegangen, und wenn gleich die Postbehörde sich bemüht habe, den Grund der Verletzung zu entdecken, so sei dieser doch nicht aufgedeckt worden, von der Postbehörde ihm aber die Antwort gegeben, daß bei der Eigenthümlichkeit des gewöhnlichen Briefverkehrs eine Kontrole unmöglich sei. Jetzt habe man einen Beweis dafür, daß eine Kontrole doch möglich sei. Er habe die Ueberzeugung, daß der General-Postmeister jeden Postbeamten unwiderruflich entlassen würde, der sich der Verletzung des Briefgeheimnisses schuldig mache, das aber verhindere doch nicht, daß die Beamten der Geheimpolizei sich privatim zu solchen Zwecken in Verbindung setzen können. Darum bitte er Hrn. Stephan, darüber zu wachen, daß eine solche Verbindung der Geheimpolizei mit den Postbeamten unmöglich werde.

General-Postmeister Stephan verspricht, über den Wortlaut der Verfügung der Ober-Staatsanwaltschaft bei den betreffenden Ober-Postdirektionen Erkundigungen einzuziehen, glaubt aber schon jetzt, daß sie mit dem Wortlaut der Verfügung der Ober-Postdirektion, welche hier verlesen, übereinstimmen. Wenn dem Abg. Windthorst die bestehenden Gesetze nicht genügen, um das Briefgeheimniß zu schützen, so möge er bemüht sein, sie auf gesetzlichem Wege abzuändern. Wenn er aber auf den Mißbrauch, den die Staatsanwaltschaft getrieben, hingewiesen, so bemerke er, daß dies nicht hierher, sondern vor den preußischen Landtag gehöre.

Abg. Windthorst ruft: Wird schon kommen! (Heiterkeit.)

Abg. v. Schorlemer weist darauf hin, daß nicht blos ultramontane, sondern auch Blätter anderer Parteien die Nachricht gebracht und das Verfahren bekämpft haben. Wenn aber Dr. Stephan meine, daß der Wortlaut der Postverfügung mit der Requisition der Staatsanwaltschaft übereinstimme, so mache er darauf aufmerksam, daß da nichts erwähnt sei davon, daß gegen Graf Ledochowski schon eine Untersuchung eingeleitet sei, und wenn die Postverwaltung auf solche Dinge eingehe, so sei das ein noch gefährlicheres Zeichen.

Abg. Dr. Majunke theilt mit, daß die „Germania" nicht die betreffende Nachricht zuerst gebracht, sondern sie erst aus der „Volks-Ztg.", resp. „Vossischen Ztg." entnommen habe.

Abg. Schröder v. Lippstadt: Wenn die „Stieberhaftigkeit" der beiden Oberstaatsanwälte erwiesen werde, so müssen solche Prohibitiv-Maßregeln durch das Haus reprobirt werden. Unzweifelhaft haben diese Herren das Gesetz zu weit interpretirt und seien über ihre Befugnisse hinausgegangen. Die Postbehörde stehe aber allen Anforderungen und Requisitionen gegenüber als Wächter des Briefgeheimnisses da.

Abg. Dr. Lasker hält es gleichfalls für durchaus geboten, das Briefgeheimniß zu schützen, hätte aber gewünscht, daß diese Angelegenheit durch eine besondere Interpellation Erledigung gefunden hätte, weil dann den Regierungsorganen Gelegenheit gegeben wäre, alles Material zur Stelle zu schaffen.

Abg. Dr. Windthorst bedauert sehr, daß die Blätter seiner Partei die Sache nicht zuerst gebracht. Die Antworten des General-Postmeisters seien in der vollendeten Form diplomatischer Weisheit gehalten. Bei der dritten Berathung des Etats werde seine Partei die Sache nochmals zur Sprache bringen und hoffe dann, daß Hr. Stephan genau informirt sei. Hrn. Lasker danke er, daß er für die Angelegenheit so warm eingetreten sei und die Rechte des Landes gewahrt habe.

General-Postmeister Stephan: Er wäre nicht darauf vorbereitet gewesen, daß die Sache heute hier zur Sprache kommen sollte, und hätte auch geglaubt, daß man dazu den Weg der Interpellation nehmen werde. Den Vorwurf der Leichtfertigkeit, welchen der Abg. Schröder gegen die Postbeamten, und den Vorwurf der „Stieberhaftigkeit", den er gegen die Oberstaatsanwälte erhoben (Heiterkeit und Oho!), müsse er aber entschieden zurückweisen.

Nachdem noch Abg. Miquel darauf hingewiesen, daß bei der neuen Strafprozeß-Ordnung eine derartige Requisition der Staatsanwaltschaft ganz unmöglich gewesen wäre, wird die Diskussion geschlossen.

Bei der weiteren Berathung des Postetats empfiehlt Abg. Dr. Windthorst, die Gehälter einzelner Kategorien von Postbeamten aufzubessern, und der General-Postmeister Stephan verspricht, dies nach Möglichkeit zu berücksichtigen.

Dann wird der Etat der Post- und Telegraphenwaltung, ebenso auch alle übrigen Kapitel des Etats ohne weitere Debatte genehmigt und um 4¼ Uhr die Sitzung vertagt.

Nächste Sitzung Mittwoch, 15. Nov., Nachmittags 2 Uhr. Tagesordnung: Gesetz über den Robbenfang, Antrag Hohenlohe über den Vogelschutz, Antrag Mosle wegen der Seefahrtszeichen und Etat für Elsaß-Lothringen.

H **München**, 7. Nov. Der bisherige Reichstags-Abgeordnete für den Bezirk Ansbach, Hr. Föckerer, wird aus Gesundheitsrücksichten kein Mandat für den Reichstag mehr annehmen. — Die schon früher geplante internationale Ausstellung von Erzeugnissen der schönen Künste für 1877 hat nun definitiv einen Aufschub bis 1879 erlitten. Die jüngst anberaumte, äußerst zahlreich besuchte Generalver-

sammlung der Münchener Künstlergenossenschaft hat nämlich folgenden Beschluß gefaßt: „Es sei die Reihenfolge der auf Anregung eines hohen Königl. Staatsministeriums des Innern von der Münchener Künstlergenossenschaft in Aussicht genommenen, alle 4 Jahre wiederkehrenden internationalen Kunstausstellungen zu München nicht im Jahre 1877, sondern im Jahre 1879 zu eröffnen, nachdem ersteres Jahr nicht die geringste Aussicht auf reiche Beschickung und bedeutenden Erfolg biete. In derselben Versammlung wurde bezüglich der Beschickung der Pariser Welt-Ausstellung beschlossen, bei dem königl. Staatsministerium die Vertretung der deutschen Kunst auf der Welt-Ausstellung zu Paris im Jahre 1878 als unbedingt nothwendig zu bevorworten."

Oesterreichische Monarchie.

≌ **Wien**, 7. Nov. Die Situation auf dem bisherigen Kriegsschauplatz ist eine sehr einfache. Die meisten fremdherrlichen Offiziere, welche die Demarkationslinie zu ziehen bestimmt sind, befinden sich schon an Ort und Stelle und sie begegnen auf allen Seiten dem ernstesten Willen, jede militärischer Seits zu erhebende Schwierigkeit zu begleichen. Im Großen und Ganzen wird der Besitzstand am Tage des Waffenstillstands zu Grunde gelegt; einfach auf den Status quo ante bellum zurückzugreifen, hat Niemand verlangt, auch Rußland und Serbien nicht. Der Konferenzgedanke andererseits reift, aber er ist noch nicht fertig. England will auf der Basis des Pariser Vertrags konferiren, Rußland möchte von dieser Basis Umgang nehmen, England will den Sitz der Konferenz nach Konstantinopel, Rußland ihn anderswohin, gleichviel sonst wohin, verlegen, England denkt nicht an einen Ausschluß der Türkei, Rußland möchte die streitenden Theile ferngehalten wissen. Noch hat, in allen diesen Richtungen, keine Ansicht den Sieg davon getragen, aber man zweifelt nicht an einer Verständigung, die nach Lage der Dinge zunächst zwischen England und Rußland zu erfolgen hat.

Frankreich.

☍ **Paris**, 8. Nov. Es wird heute offiziös bestätigt, daß, wie der „Temps" gestern andeutete, der Finanzminister in einem Briefe an den Präsidenten des Finanzausschusses des Senats die Ansicht ausgesprochen hat, der Senat habe nach der Verfassung das Recht, Kredite, welche das Abgeordnetenhaus verworfen hat, in dem Budget wiederherzustellen. Die liberalen Blätter wollen an diesen zum mindesten sehr kühnen Auslegungsakt noch gar nicht glauben und rüsten zu einer heftigen Polemik. Auch die Vorstände der drei republikanischen Gruppen des Abgeordnetenhauses sollen morgen zusammentreten, um zu dieser wichtigen Frage Stellung zu nehmen.

Die „Défense sociale" will wissen, daß der Präsident der Republik an einem Briefe arbeite, den er an den Siegelbewahrer richten und in welchem er seine Ansicht über den soeben von dem Abgeordnetenhause beschlossenen Gesetzentwurf, betreffend die Einstellung der Commune-Prozesse, darlegen wolle. Dieser Brief soll in dem Augenblick, da der Senat seine Verhandlungen über denselben Gegenstand beginnen wird, der Oeffentlichkeit übergeben werden. Da das Organ des Bischofs Dupanloup sich keineswegs durch die Wahrhaftigkeit seiner thatsächlichen Mittheilungen auszeichnet, möchten wir diese Notiz nur unter allem Vorbehalt wiedergegeben haben.

Der Bischof von Le Mans hat so eben mit einigen Hundert seiner Diözesanen eine Wallfahrt nach Rom angetreten.

Im Generalrath des Seine-Departements haben gestern Hr. Louis Asseline und 51 andere Mitglieder dieser bekanntlich mit dem Gemeinderath nahezu identischen Versammlung folgenden „Wunsch" eingebracht:

Der Generalrath, von der Ansicht ausgehend, daß er damit im Sinne des ihm von seinen Wählern ertheilten Mandats handelt und auch die Grenzen seiner Befugnisse nicht überschreitet, da er sich nur mit dem vom industriellen, wie vom moralischen Standpunkte dringendsten aller Interessen des Departements beschäftigt, äußert den Wunsch, daß eine im Wege der Gesetzgebung verfügte allgemeine Amnestie die letzten Spuren des Bürgerkriegs im Seine-Departement entferne.

Der Antrag des Seine-Präfekten Duval, diese Vorlage im Hinblick auf ihren eminent politischen Charakter durch Stellung der Vorfrage zu beseitigen, wurde abgelehnt und die Vorlage an den Wunsch-Ausschuß verwiesen.

Die gestrige Nummer der radikalen „Tribune" wurde im Laufe des Abends polizeilich mit Beschlag belegt. Anlaß zu der Maßregel gab der in dem Feuilleton des Blattes veröffentlichte „Roman eines Priesters", ein in der That recht schmutziges Machwerk aus der Feder des Abgeordneten L. Gagneur.

Ein dieses Jahr sehr in Aufnahme gekommenes dunkles Grün (russisch-grün) wird von den Pariser Modewaaren- und Bandhändlern jetzt offiziell Tschernajeff-Grün genannt.

Reichstags-Wahl.

Bretten, 9. Nov. Das Wahlergebniß des diesseitigen Bezirkes liegt nunmehr vollständig vor. Von 4895 Wahlberechtigten gaben 2471 ihre Stimmen ab. Von diesen fielen 2466 auf den bisherigen Abgeordneten Herrn Ministerialpräsident Dr. Grimm.

Badische Chronik.

** Karlsruhe, 9. Nov. Gestern Abend begannen die von der Museumsgesellschaft veranstalteten Vorträge in Gegenwart der allerhöchsten Herrschaften und vor dem gewohnten auserlesenen Zuhörerkreise. Herr Professor Felix Dahn von Königsberg sprach über das römische Kaiserthum in Deutschland und dessen Wechselwirkung auf Italien und Deutschland. Der überaus anziehende Vortrag war in drei Theile gefaßt, deren erster den Einfluß behandelte, welchen das Streben der deutschen Könige nach der römischen Kaiserkrone auf die politische Gestaltung Deutschlands ausübte. Der Redner wies darauf hin, wie die deutschen Könige mit unzureichenden Kräften ein Ländergebiet zu beherrschen strebten, das sie nicht übersehen konnten. Sie gewannen draußen Stücke Land, Ansehen und Einfluß bei den Nachbarvölkern, im Innern aber wuchsen die Vasallen empor, die, nach größerer Selbständigkeit ringend, das Kaiserthum lahm legten und endlich zerstörten. Der Kampf mit der geistlichen Macht kam hinzu; die deutschen Könige, welche den Bischöfen Ländereien zu Lehen gaben, konnten nicht dulden, daß ein fränkischer Herzog als Bischof vom Papst bestätigt wurde; der Papst konnte nicht leiden, daß ein Bischof um weltlicher Güter willen sein geistliches Amt übernahm und der Simonie huldigte. So mußte es zum endlosen Streit kommen, dessen Ergebniß gleichfalls eine Unterhöhlung des königlichen Ansehens in Deutschland wurde. So im Innern von weltlicher und geistlicher Macht in gleichem Maße bedrängt, draußen von Feinden stets bedroht, mußte das stolze Geschlecht der Hohenstaufen erliegen, mußte das deutsche Kaiserthum endlich seinen Untergang finden.

Im zweiten Theil des Vortrags wurde gezeigt, wie die Wirkung dieser Kämpfe für beide Länder, für Italien und Deutschland, trotz alledem eine Frucht bringende war. Die deutschen Krieger zogen nach Italien, die schönen Länderstrecken zu erobern, zu bewachen. Tausende blieben auf der Wahlstatt und wenige kehrten wieder. Die wenigen aber waren andere Menschen geworden; sie hatten draußen gesehen, was die Heimath nicht bieten konnte. Sie sahen die geordneteren, klareren Rechtsverhältnisse, welche das tausendjährige römische Recht geschaffen hatte. Sie sahen die behaglicheren häuslichen Einrichtungen, die edleren Formen öffentlicher Bauwerke, die eine traditionelle Muster-Kunst geschaffen hatte. Sie sahen die feinere Lebensanschauung, die milderen Sitten, die eine Wissenschaft und Kunst hier verbreiteten, wie sie kein Land der Welt besessen hatte. So zogen die Jünger des Rechts nach Bologna und holten die klare Logik, die Ordnung des Denkens, des Scheidens der Rechtsbegriffe für ihre Heimath. So zogen andere nach Venedig, nach Florenz, nach Rom und holten sich die Grundpläne römischer Kirchen und Basiliken, aus denen sie den römisch-deutschen, dann den gothischen Baustyl entwickelten. So zogen die Dichter und Musiker nach Venedig und Rom, um dort an den Resten altgriechischer und römischer Dichter den Rhythmus und Versbau, an den kirchlichen und weltlichen Gesängen Melodik und die Kunst der Harmonie zu lernen. Mit diesen Errungenschaften aber ward die deutsche Nation erfüllt; von diesen gesättigt, strebte der Geist nach neuen Erfindungen auf allen Gebieten menschlichen Denkens und Schaffens. So ward Deutschland allmälig, nachdem es in der Kunst die Renaissance von Italien überkommen hatte, im Gebiet des Denkens, der Entwicklung sittlicher Begriffe, in der Reformation, die Führerin für die übrigen Nationen, die Leiterin der ganzen folgenden Weltbewegung.

Des Vortrags dritter Theil galt der Untersuchung der Ursachen des politischen Verfalls und der höheren geistigen Entwicklung Deutschlands. „Wer war Schuld an diesen Vorgängen?" So lautete die Frage, die sich hier der Redner vorlegte. Schuld, in der Bedeutung „Fehler machend", war Niemand; Schuld, in der Bedeutung „Gutes veranlassend", waren auch nicht einzelne Personen. Es war der Gang, der Zug der Weltgeschichte, dem die Völker, dem selbst die vermeintlichen Leiter der Völkergeschicke folgen mußten. Die deutschen Könige glaubten des Nimbus, des Strahlenkranzes nicht entbehren zu können, der um der römischen Kaiser Haupt gewoben der Cäsaren Ansehen über die Erde verbreitet hatte. Die inneren Fehden zwischen Wiblingern und Welfen, den Gegensätzen von Süd und Nord, ließen keinen deutschen König zum ruhigen Besitz der Krone kommen. Nur eine von außen kommende höhere Heiligung machte den Glauben an die höhere Macht des Herrschenden stärker. Darum strebten die deutschen Könige nach der Wiederholung der Scene, die Papst Urban in der Neujahrsnacht an der Wende des achten und neunten Jahrhunderts mit Karl dem Großen in Rom aufführte. Das war der Grund, der Karl, den mächtigen Beherrscher der Germanen, zu diesem Schauspiel veranlaßt hatte. Das war der Grund, der Chlodwig schon vermochte, dem arianischen Gothenthum ein mit höherer, römischer Sanktion versehenes fränkisches Athanasianerthum entgegenzusetzen.

Aber auch den römischen Bischöfen war der Schutz der deutschen Könige von Nöthen. Sie wollten die Ausbreitung ihrer Lehre, des Christenthums über alle Völker der Welt. Der Priester fand keinen Schutz ohne den Arm mächtiger Fürsten. So stützten sie Chlodwig und Karl durch ihr Ansehen im Kampf gegen die nicht christlichen Germanen von Niederdeutschland. Sie wollten auch Schutz im eigenen Land gegen die Herrschaft der Byzantiner, der Longobarden. Darum riefen sie die Franken, die sie vertheidigten. Die Königskrone der Longobarden ward den Franken-Königen ein wünschenswerther Besitz, den römischen Bischöfen aber ein Schutz, der vor jedem Einfall fremder Heerschaaren ihnen Sicherung gab.

So arbeiteten König und Bischof einander in die Hände, förderten einander aus beiderseitigem Interesse. So wurde jeder ohne sein Wollen die Ursache von des andern Größe, und mit der Steigerung von des andern Macht zugleich wieder ein neidischer Gegner, der zum Streit herausforderte, einem Kampf, der mit Zerstörung von beider Macht enden mußte.

So zeichnete der Redner in großen Zügen den Gang der Ereignisse, die für die Entwickelung von Deutschland, von Europa so überaus einflußreich wurden. Die Versammlung folgte dem höchst anziehenden, von wissenschaftlichem Geiste durchdrungenen Vortrag mit dem gespanntesten Interesse. Es wurde dem hochbegabten Gelehrten und Dichter allseitige warme Anerkennung zu Theil. H. B.

♯ Mannheim, 7. Nov. Die Schwurgerichts-Sitzung für das letzte Quartal d. J. wird Montag den 11. Dezember beginnen. Zum Vorsitzenden ist der großh. Kreisgerichts-Rath Heinsheimer, zu dessen Stellvertreter der großh. Kreisgerichts-Rath Kamm ernannt. — In der Angelegenheit der über den hiesigen Konsumverein erkannten Gant treten die mancherlei Gebrechen unseres Gantverfahrens besonders fühlbar zu Tage; insbesondere zeigt sich, daß die Einrichtung eines Gläubiger-Ausschusses als solcher in einem Falle, wo die Gläubiger durch die Solidarhaft der Genossen vor jedem Verluste geschützt, also bei rascher Erledigung der Gant kaum interessirt sind, nicht hinreicht, um die rasche Betreibung der Sache zu sichern. Es wurde deßhalb an das Gantgericht der Antrag gestellt, eine Verstärkung des Gläubiger-Ausschusses aus der Mitte der Genossenschafter anzuordnen, außerdem aber die eingegangenen Gelder alsbald zur Befriedigung der Waaren-Gläubiger zu verwenden, weil auch die beschränkenden Vorschriften der Prozeßordnung über Ausschüttung der Masse vor definitiver Feststellung der Rangordnung bei einer Genossenschaftsgant keine Bedeutung haben können. Mit dem Verkaufe des Hauses in dem neuen Stadttheile wünscht die Genossenschaft bis auf den Eintritt einer besseren Konjunktur zu warten. — Nachdem auf dem Fettvieh-Marktplatze auch Baracken für den Kleinvieh-Markt errichtet worden sind, ist eine Anordnung des Bezirksamts ergangen, wornach dieser Markt ausschließlich in der genannten Räumlichkeit unter Festsetzung eines mäßigen Marktgeldes stattfinden soll.

Nachschrift.

† **Berlin**, 9. Nov. Dem „Berliner Tagblatt" zufolge hatte der deutsche Botschafter Fürst Hohenlohe während seines Berliner Aufenthaltes bei der Reichsregierung die baldige Entscheidung über die Beschickung der Pariser Welt-Ausstellung angeregt. Fürst Hohenlohe habe in der Audienz beim Kaiser die Beschickung der Ausstellung befürwortet.

† **Bukarest**, 9. Nov. Das Amtsblatt publizirt den Text des zwischen Rumänien und Rußland abgeschlossenen Handelsvertrags.

† **New-York**, 8. Nov. Nachmittags. „Reuter's Bureau" meldet: Die Wahlresultate von Nebraska, Oregon, Südkarolina und Nevada sind noch zweifelhaft, Florida wählte für Tilden, dessen Wahl sicher ist. Die Majorität des Senats wird republikanisch, die der Kammer demokratisch sein; beide Mojoritäten sind unbedeutender als zuvor.

† **New-York**, 9. Nov. Obwohl die Republikaner den Wahlsieg in Florida beanspruchen, gilt die Wahl von Tilden's doch für gesichert. Gestern Abend fand in Charlesstown ein Kravall statt zwischen Weißen und Negern. Zwei Personen wurden getödet. Die herbeigerufenen Truppen zerstreuten die Parteien.

Frankfurter Kurszettel.

(Die fettgedruckten Kurse sind vom 9. Nov., die übrigen vom 8. Nov.)

Staatspapiere.

Preußen 4½% Obligationen	104¼	Oesterr. 5% Papierrente Zins 4½%	52
Baden 5% Obligationen	103⅞	Luxem- 4% Obl. i. Fr. à 28 fr.	93
„ 4½% „	101¾	burg 4% „ i. Thl. à 105 fr.	93
„ 4% „ fl.	95⅛	Rußland 5% Oblig. v. 1870 £ à 12.	88½
„ 4% „ M.	96¼	„ 5% do. von 1871	86¾
„ 3½% Oblig. v. 1842	93½	Schweden 4½% do i. Thlr.	96½
Bayern 4½% Obligationen	100⅜	Schweiz 4½% Bern Stadtbl.	99⅜
„ 4% „ fl.	93⅜	N.-Amerika 6% Bonds 1885r von 1865	100⅛
„ 4% „ M.	94	„ 5% dto. 1905r (10/40r v. 1864)	103½
Württemberg 5% Obligat.	104	3% Spanische	13
„ 4½% „	101	Belle französ. Rente	107¾
„ 4% „	94½		
Nassau 4% Obligationen	94½		
Gr. Hessen 4% Obligation.	95½		
Oesterr. 5% Silberrente Zins 4½%	55¾		

Aktien und Prioritäten.

Reichsbank	153¼	5% Mähr. Grenzb.-Pr. i. S.	54½
Badische Bank	101½	5% Böhm. Westb.-Pr. i. Silb.	72½
Deutsche Vereinsbank	65⅜	5% Elisab. B.-Pr. i. S. 1. Em.	73½
Provinzialdiskonto	—	5% dto. „ 2. Em.	70½
Darmstädter Bank	103¾	5% dto. steuerfr. neue „	64⅜
Oesterr. Nationalbank	690	5% do. (Neumarkt-Ried)	66
Württemberg. Vereinsbank	—	5% Donau-Drau	48½
Oesterr. Kredit-Aktien	120⅝	5% Frz.-Jos.-Prior.	77
Mitteldeutsche Kreditbank	—	5% Kronp. Rud.-Pr. v. 67/68	64¼
Rheinische Kreditbank	87	5% Kronpr. Rud.-Pr. v. 1869	59⅞
Basler Bankverein	—	3% östr. Nordwestb.-P. i. S.	73¼
Brüsseler Bank	—	5% „ „ Lit. B.	—
Berliner Bankverein	—	Vorarlberger	58
Stuttgarter Bank	—	5% Ungar. Ostb.-Prior. i. S.	47½
Deutsche Effektenbank	104¼	5% Ungar. Nordostb. Prior.	51⅝
Oesterr.-deutsche Bank	—	5% Ungar. Galiz.	—
4½% bayr. Ostb. à 200 fl.	—	Ungar. Eis.-Anl.	62½
4½% pfälz. Marbahn 500 fl.	114½	5% östr. Süd-Lomb. Pr. i. Fr.	76¼
4% Hessische Ludwigsbahn	98½	3% östr Süd-Lomb.-Pr.	47⅞
3½% Oberhess. Eisnb. 350 fl.	—	5% österr. Staatsb.-Pr.	95½
5% österr. Frz. Staatsbahn	215¼	3% österr. Staatsb.-Pr.	63⅞
5% „ Süd-Lombarden	65¾	3% Livorn. Pr., Lit. O, D & D,	41⅞
5% „ Nordwestb.-A.	102	5% Rheinische Hypothekenbank-Pfandbriefe	—
5% Elisab.-Eisnb. à 200 fl.	—	4½% „	96¾
5% Rud.-Eisnb. 2. Em. 200 fl.	85½	6% Pacific Central	98
5% Böhm. Westb.-A. 200 fl.	143½	6% South Missouri	—
5% Franz Josef-Eisenbahn	104½		
Galizier	—		

Anlehensloose und Prämienanleihen.

3½% Preuß. Präm. 100 Thl.	—	Oestr. 4% 250 fl. Loose v. 1854	92¾
Cöln-Mindener 100-Thaler-Loose	108	„ 5% 500 fl.- „ v. 1860	98¼
Bayr. 4% Prämien-Anl.	119⅞	„ 100-fl.-Loose v. 1864	255.—
Badische 4% dto.	117½	Ungar. Staatsloose 100 fl.	142.—
„ 35-fl.-Loose	132.—	Raab-Grazer 100 Thlr. Loose	66¼
Braunschw. 20-Thlr.-Loose	84.—	Schwedische 10-Thlr.-Loose	45.—
Großh. Hessische 25-fl.-Loose	157.—	Finnländer 10-Thlr.-Loose	38.20
Ansbach Gunzenhaus. Loose	23.80	Meininger 7-fl.-Loose	19.—
		3% Oldenburger 40-Thlr.-L.	110⅞

Wechselkurse, Gold und Silber.

London 10 Pfd. St. 2%	204.30	Holländ. 10-fl.-St. Mk.	16.65
Paris 200 Frcs. 3%	81.30	Ducaten . . . „	9.71—76
Wien 100 fl. östr. W. 4½%	165.30	20-Francs-St. . „	16.24—28
Disconto . . L.S. 4½%		Engl. Sovereigns „	20.33—38
Preuß. Friedrichsd'or Mk.	—	Russische Imperial „	16.73—78
Pistolen . . . . . „	16.—	Dollars in Gold „	4.16—19
		Dollarcoupon „	—

Tendenz: lustlos.

Berliner Börse. 9. Nov. Kreditaktien 243.50, Staatsbahn 433.— Lombarden 132.50, Disc. Commandit 113.50, Reichsbank 154.50 Tendenz: schwach.

Wiener Börse. 9. Nov. Kreditaktien 147.50, Lombarden 79.50, Staatsbahn —.—, Anglobank 76.70, Unionbank —.—, Napoleonsd'or 9.82½. Tendenz: fest.

New-York, 9. Nov. Gold (Schlußkurs) 109½.

☞ Weitere Handelsnachrichten in der Beilage Seite II.

Verantwortlicher Redakteur:
Heinrich Goll in Karlsruhe.

Großherzogl. Hoftheater.

Freitag, 10. Nov. 4. Quartal. 123. Abonnementsvorstellung. I. Abtheilung. Don Juan, Oper in 2 Akten, von Mozart. Anfang ½7 Uhr.

In einigen Tagen. Nur 3 naturwissenschaftliche **Vorträge** aus dem Gebiete der Experimental-Physik, unter Vorführung neuer vorzüglicher Apparate. Abends von 7—9 Uhr wird

William Finn aus London

die Ehre haben, mit seinen sämmtlichen Apparaten, worunter viele seit seinem letzten Hiersein **1862** nun hier zum ersten Mal gezeigt werden, drei Vorträge im Gebiete der Experimental-Physik zu geben. An diesen 3 Abenden werden die brillantesten galvanischen, elektrischen, magnetischen, chemischen und optischen Experimente, sowie eine große Zahl mechanischer Apparate gezeigt. Unter vielem Neuen zeichnen sich besonders aus: ein Riesen-Funkeninductor, ein elektrisches Spektroskop, Polariskop, Mikroskop, Polyorama, Phenakistop, Kaleidoskop, Patent von Darkin zu London und elektrische Cascade. Diese Apparate werden mit einer Platin-Zinkbatterie von 60 Elementen in Wirkung gebracht und sind die neuesten, die Duboscq in Paris zu solchen Experimenten geliefert hat. — **An diesen drei Abenden werden keine Experimente wiederholt.** (cpt 12/XV) J.125.

J.121. Osterburken.

Bekanntmachung.

Mitte Dezember 1874 wurde an Wwe. A. **Gümber** (Hotel Krone) Osterburken durch die dortige Güterexpedition ein Korb verabfolgt, welcher kleine Handkörbe enthält. Der betr. Korb wurde bis jetzt noch nicht abgeholt, und konnte trotz aller Nercherche ebenfalls der Absender nicht ermittelt werden. Sollte sich nach Verlauf von 4 Wochen der rechtmäßige Eigenthümer nicht melden, so wird zu dem Verkauf der Körbe geschritten.

Osterburken, den 7. November 1876.

Ww. **Gümber.**

Pacht-Gesuch.

Ein tüchtiger, solider, Garantie leistender

Bierbrauer

wünscht eine gut eingerichtete, gangbare **Brauerei** in der Stadt oder auf dem Lande, **pachtweise** zu übernehmen, und erbittet sich deßwegen gefällige Offerten das Agenturbureau von

Freiburg. **F. Adria**,
J.111.1 Münsterplatz Nr. 7.

Stelle-Gesuch.

J.101.3. Ein mit der einfachen und doppelten Buchführung, sowie mit der Korrespondenz vertrauter junger Mann, der seine Militärzeit abgedient hat, sucht Stellung und würde derselbe vorerst keine zu großen Ansprüche machen. Gefl. Offerten unter K. No. 10 an die Expedition dieses Blattes.

Offene Handlungslehrlings-Stelle.

Eine **hiesige Fabrik** sucht einen braven, mit den nöthigen Vorkenntnissen versehenen, jungen Mann zur Erlernung der Comptoir-Wissenschaften aufzunehmen. Eintritt sogleich. Zu erfragen im Agenturbureau von

Freiburg. **F. Adrian,**
J.112.1. Münsterplatz Nr. 7.

Wein-Versteigerung

Nägelsförster Hof bei Barnhalt, Station Steinbach.

J.122.1. Am
Montag den 13. November d. J., Nachmittags 2 Uhr,

läßt der Unterzeichnete den diesjährigen Herbstertrag von circa 80 Hektoliter Riesling-Wein, sowie circa 80 Hektoliter 1874er und 1875er Ausstich-Weine einer öffentlichen Versteigerung aussetzen.

Nägelsförst, den 9. November 1876

Ch. Mellerio.

Latrinen-Luftpumpen

J.124.1.

nebst vollständigen Einrichtungen für geruchlose Entleerung von Latrinen, nach dem neuesten, in Stuttgart und vielen anderen Städten in Anwendung befindlichen, erprobten und auf der Weltausstellung in Wien prämirten Systeme für Städte sowohl als für Fabriken, Kasernen, Gefängnisse ꝛc. empfehle hiemit unter Garantie.

Eugen Kloß Maschinenfabrik Stuttgart.

J.95.2. Nr. 1176. Schwetzingen.

Nußbaumholz-Versteigerung.

Bruchhausen bei Heidelberg.

Mittwoch den 15. November d. J., Nachmittags 2 Uhr,

werden in Bruchhausen bei Heidelberg 48 Stück Nußbäume, zu Nutzholz geeignet, im Ganzen etwa 20 Kubikmeter Stammholz, auf ihrem Standorte öffentlich versteigert.

Schwetzingen, den 6 November 1876.

Großh. Markgräfl. Badisches Rentamt.
Stürzenacker.

Deutsche Romanbibliothek

herausgegeben von

F. W. Hackländer.

So eben sind erschienen die **erste Nummer** und das **erste Heft** des neuen Jahrgangs **1877** dieses so rasch und allgemein beliebt gewordenen belletristischen Journals und Ergänzungsblattes zu „Ueber Land und Meer".

Für den fast unglaublich billigen Preis von **nur 2 Mark vierteljährl. in Wochen-Nummern** oder **35 Pfennig** für ein 14tägiges Heft bringt diese „Deutsche Romanbibliothek", **wie die bis jetzt erschienenen 4 Jahrgänge glänzend bewiesen haben, in jedem Jahre zehn bis zwölf neue Romane der beliebtesten deutschen Romanschriftsteller**, so daß **ein vollständiger neuer Roman** die Abonnenten nur etwa **70 bis 80 Pfennig kostet!!** — Bei dieser außerordentlichen Leistung von Seiten der Verlagshandlung ist der ebenso rasche als glänzende Erfolg dieses nationalen Unternehmens, das seine Abonnenten nach vielen Tausenden zählt, leicht erklärlich. —

Der neue Jahrgang beginnt mit einem überaus interessanten großen neuen Roman des durch seine historischen Romane so schnell berühmt gewordenen

Gregor Samarow.

Bestellungen auf „Hackländer's Deutsche Romanbibliothek" nimmt jede Buchhandlung und jedes Postamt an. G.928.2.

J.130. Karlsruhe.

Dienstag den 28. November d. J., Vormittags 10 Uhr, wird die ordentliche

Generalversammlung der Maschinenbau-Gesellschaft Karlsruhe

in deren Fabrikgebäude stattfinden, wozu die Herren Aktionäre mit dem Bemerken eingeladen werden, daß die unter § 16 1 und 2 der Statuten bezeichneten Gegenstände:

Die Abnahme der Rechenschaft für das abgewichene Geschäftsjahr und die Verfügung der hieran sich knüpfenden Maßregeln,
die Wahl der Mitglieder des Aufsichtsrathes

für die Tagesordnung bestimmt sind.

Karlsruhe, den 9. November 1876.

Der Vorstand.

ÄCHTES

BOTOT WASSER

Einziges Zahnreinigungsmittel

von

DER ACADEMIE UND DER MEDIZINISCHEN FAKULTÄT IN PARIS GUTGEHEISEN

BOTOT'S PULVER

China Zahnreinigungsmittel

TOILETTEN-ESSIG	LE SUBLIME	TOILETTEN-WASSER
vorzügliche Qualität.	*Hält das Ausfallen der Haare sofort auf.*	*ohne jede Säure.*

Haupt Niederlage: 229, rue St-Honoré, bei der rue Castiglione PARIS. Niederlage; 18, boulevard des Italiens. **PARIS.**

In Carlsruhe Niederlage für Deutschland bei Herren **WOLFF** u. **SCHWINDT.**
Berlin: Hch. **MEYER** jr., 18, Krausenstrasse.

Z 206. 15.

G.632.6.

Svelin,

Haarverjüngungsmittel,

welches in England, Frankreich und Deutschland sich mit dem größten Erfolge bewährte und allgemein überall die größte Anerkennung fand, weil es unfehlbar dem grauen, weißen oder verblichenen Haare seine ursprüngliche Naturfarbe wieder zurückgibt. Svelin ist eine Flüssigkeit, welche keine Haarfarbe enthält und die vollkommen glänzende Eigenschaft besitzt, graues, weißes oder verblichenes Haar zu verjüngern und zu beleben, nämlich dem Haare in 8 bis 14 Tagen jene Farbe wieder zu geben, die es ursprünglich gehabt hat.

Bei Gebrauch und Anwendung des **Svelin** kann man das Haar nach Belieben mit Wasser waschen, Bäder gebrauchen, auf weiß überzogenen Kissen schlafen, man wird keine Spur von einer Abfärbung bemerken, weil **Svelin** nicht abfärbt, sondern nur verjüngt, und zwar das längste und üppigste Frauenhaar, sowie die Haare und Bärte der Männer.

Preis einer Flasche sammt Gebrauchsanweisung in 7 Sprachen blos 4 Reichsmark.

Wiederverkäufer erhalten ansehnliche Prozente.

General-Depôt für ganz Europa

ausschließlich allein nur bei Herrn

Carl Polt, Parfumeriewaaren-Fabrikant in Wien, VIII. Bezirk, Josefstadt, Piaristengasse Nr. 14, im eigenen Hause,

wohin alle schriftlichen Aufträge zu richten sind, und wo alle Aufträge aus den Provinzen gegen Baar-Einsendung des Geldbetrages oder Postnachnahme schnellstens effektuirt werden.

Haupt-Depot für Karlsruhe ausschliesslich allein nur bei Herrn **Theodor Brugler,** Apothekerwaaren-Geschäft in **Karlsruhe,** Waldstrasse Nr. 10.

J.36.3. Elberfeld.

Bergisch-Märkische Eisenbahn.

Die Lieferung des für das Jahr 1877 erforderlichen Bedarfs an folgenden Werkstätten-Materialien: Birnbaumbohlen, Bremsklötze für Wagen und Tender, Eichenwerkholz, Eichenbohlen, Vor- und Handhammerstiele, Handhebel oder Bremsknüppel, Kieferndielen (Oberländische und Ostsee), Mahagonibohlen, Nußbaumbohlen, Pappeln- und Weidenbohlen, Pappeln- und Weidenwerkholz, Rothbuchenbohlen, Schleifdielen, Tannenbord, Ulmenbohlen, Ulmenwerkholz und Weißbuchensplitter soll im Wege der Submission verdungen werden.

Bezügliche Lieferungs-Offerten, welche sich beliebig auf einzelne oder mehrere Artikel zusammen beziehen können, sind unterschrieben, versiegelt und frankirt mit der Aufschrift: **„Offerte auf Lieferung von Werkstätten-Materialien (Nutzhölzer) pro 1877"** bis zum 17. November cr. an unser Maschinentechnisches Bureau hierselbst einzureichen und wird die Eröffnung derselben **am folgenden Tage Vormittags 10 Uhr,** in Gegenwart der erscheinenden Submittenten im genannten Bureau stattfinden. Die Lieferungs-Bedingungen (allgemeine und spezielle) sowie das Massen-Verzeichniß liegen auf dem Maschinentechnischen Bureau hier, sowie in den Werkstätten-Bureaus zu Elberfeld, Langenberg, Siegen, Crefeld, Arnsberg und Witten zur Einsicht offen; auch können solche gegen Erstattung der Druckkosten ad 1 Mark von genannten Stellen bezogen werden.

Elberfeld, den 27. Oktober 1876.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

!!Solide, thätige Agenten!!

sucht für den Verkauf von Facturen, Karten, Hanf-Converts mit Firma-Druck, Rechnungen, Memoranden etc. gegen hohe Provision J.120.

Friedrich Schwemmer's Buchdruckerei,
NÜRNBERG 252 Josepspsplatz 252.

Strafrechtspflege.

Ladungen und Fahndungen.

H.579. Nr. 3752. Freiburg.

In Anklagesachen
gegen
Wilhelm Jakob Wurst von Jux
wegen Diebstahls.

Wird Tagfahrt zur kreisgerichtlichen Hauptverhandlung auf

Donnerstag den 30. Novbr. d. J., Vormittags 8½ Uhr,

angeordnet und wird hiezu der flüchtige Angeklagte mit dem Anfügen vorgeladen, daß er sich 14 Tage vor der Hauptverhandlung bei Großh. Amtsgericht Freiburg zu stellen hat, und daß die Verhandlung und Aburtheilung stattfinden wird, er mag erscheinen oder nicht.

Dies wird dem flüchtigen Angeklagten öffentlich bekannt gemacht.

Freiburg, den 6. November 1876.

Großh. Kreis- und Hofgericht.
Strafkammer.
Der Vorsitzende:
v. Rotteck.
Dr. Krems.

H.586. Nr. 13,201. Konstanz. In Anklagesachen gegen Friedrich Engelmann von Ebringen, Anton Spitznagel von Hattingen, Adolf Müller und Aemilius Reidinger von Kirchen, Ottmar Keller von Thalheim, Eduard Auer von Thengenhinterburg und Theodor Köbler von Engen wegen Verletzung der Wehrpflicht findet die Hauptverhandlung am

Mittwoch den 6. Dezember, Vormittags 8 Uhr,

statt; wozu die Angeklagten mit dem Anfügen vorgeladen werden, daß im Falle ihres Ausbleibens das Urtheil nach dem Ergebnisse der Untersuchung werde gefällt werden. Zugleich wird den Angeklagten Engelmann, Spitznagel, Müller, Keller, Auer u. Köbler eröffnet, daß ihr Vermögen mit Beschlag belegt sei.

Konstanz, den 7. November 1876.

Großh. bad. Kreis- und Hofgericht.
Strafkammer.
Schneider.
Schaaff.

Verm. Bekanntmachungen.

J.129. Karlsruhe.

Bekanntmachung.

Die Steuereinnehmerei Lahr ist in Erledigung gekommen. Bewerber, welche den Anforderungen der landesh. Verordnung vom 6. Dezember 1872 entsprechen, haben ihre Gesuche binnen 4 Wochen an Großh. Steuerdirektion gelangen zu lassen.

Karlsruhe, den 6 November 1876.

Großh. Ministerium der Finanzen.
Ellstätter.
vdt. Krieger.

G.958.2. Karlsruhe.

Großh. Bad. Staats-Eisenbahnen.

Lieferung von verschiedenen Materialien. III.

Mit höherer Ermächtigung vergeben wir die Lieferung nachbenannter Materialien im Soumissionswege, nämlich:

1.	8800	Kilo	verschiedene Lacke,
2.	5000	„	Siccatif,
3.	1500	„	Schleifgrund,
4.	5000	„	Waterproof Firniß,
5.	5000	„	Bleiweiß, 2 Sorten,
6.	150	„	Goldocker,
7.	4800	„	Chromgrün, 2 Sorten,
8.	1000	„	Kienruß,
9.	2000	„	Umbra,
10.	10,000	„	Diamantfarbe,
11.	500	„	Diamantkitt,
12.	600	„	Eisenmennige,
13.	4500	„	Galmeigrau,
14.	1000	„	Eisenvitriol,
15.	5000	„	Soda,
16	150	„	blausaures Kali,
17.	600	„	Borax,
18.	150	„	Salmiak,
19.	4000	„	Chlorkalk,
20.	2500	„	Bimsstein, 2 Sorten,
21.	4500	„	Kreide, 2 Sorten,
22.	8000	„	Kupfervitriol,
23.	500	„	Bittersalz,
24.	1500	„	Wienerkalk,
25.	800	Liter	Spiritus,
26.	6000	Stück	Streichfeuerzeuge,
27.	300	Kilo	Glanzruß,
28.	300	„	Cölner Leim.

Lieferungslustige werden hiermit aufgefordert, ihre Offerten schriftlich, versiegelt, und mit entsprechender Aufschrift versehen, bis

Montag den 20. November l. J., Vormittags 10 Uhr,

bei uns einzureichen, wo auch die Lieferungsbedingungen und genaue Verzeichnisse der zu liefernden Gegenstände auf portofreie Anfragen abgegeben werden.

Die der Lieferung zu Grunde gelegten Muster sind bei unserm Hauptmagazin hier einzusehen, eine Versendung derselben findet nicht statt.

Karlsruhe, den 25. Oktober 1876.

Großh. Hauptverwaltung der Eisenbahnmagazine.

J.51.2. Karlsruhe.

Großh. Bad. Staats-Eisenbahnen.

Lieferung von Holzwaaren.

Mit höherer Ermächtigung vergeben wir die Lieferung der nachstehend verzeichneten Materialien im Soumissionswege, nämlich:

50	Quadratmeter	verschiedene eichene Dielen,
110	„	verschiedene rothbuchene Dielen,
40	„	verschiedene hainbuchene Dielen,
5200	„	verschiedene pappelne Dielen,
6000	„	verschiedene eichene Dielen,
100	„	verschiedene erlene Dielen,
250	„	verschiedene forlene Dielen,
26300	„	verschiedene tannene Dielen,
1200	laufende Meter	verschiedene tannene Rahmenschenkel,
20000	Stück	tannene Latten,
20000	„	Einfriedigungspfähle,
1500	„	Pickelstiele,
3000	„	Hammerstiele, 2 Sorten,
600	„	hölzerne Rechen,
300	„	Holzschaufeln,
1500	„	Feilenhefte,
90	„	eichene Wasserkübel,
20	„	Schöpfkübel,
200	„	Pufferscheiben,
20000	„	Reistigbesen,
25000	„	Priemenbanschen,
480	„	verschiedene Telegraphenstangen.

Lieferungslustige werden aufgefordert, ihre Offerten schriftlich, versiegelt und mit entsprechender Aufschrift versehen, bis

Freitag den 17. November l. J., Vormittags 10 Uhr,

bei uns einzureichen, wo auch die der Lieferung zu Grunde liegenden Bedingungen und genaue Verzeichnisse der zu liefernden Gegenstände auf portofreie Anfragen abgegeben werden.

Musterstücke liegen in unserm Hauptmagazin hier zur Ansicht auf, eine Versendung derselben findet nicht statt.

Karlsruhe, den 1. November 1876.

Großh. Hauptverwaltung der Eisenbahnmagazine.

J.119. 1. Nr. 4438. Konstanz.

Großh. Bad. Staats-Eisenbahnen.

Versteigerung von Baumaterialien.

Höherer Ermächtigung zu Folge sollen die auf dem Bahnhofe Konstanz lagernden Baumaterialien des 60 Meter langen und 13,5 Meter breiten sogenannten **Haltinger-Güterschuppen** einer öffentlichen Versteigerung ausgesetzt werden.

Das sämmtliche Holzwerk, einschließlich der Schiebthore und Fenster, ist von guter Beschaffenheit und sowohl zur Wiedererrichtung des Gebäudes in seiner früheren Größe, als zu jeder anderen ähnlichen Verwendung geeignet.

Die Versteigerung findet

am 15. November d. J., Vormittags 11 Uhr,

auf dem Bureau des Unterzeichneten, Zollfreie Straße Nr. 373½ statt; woselbst inzwischen auch die Bedingungen, Materialverzeichnisse und Zeichnung des Gebäudes eingesehen werden können.

Konstanz, den 6. November 1876.

Der Großh. Bezirks-Bahningenieur.

J.115.1. Nr. 2799. Säckingen.

Erledigte Dekopistenstelle

Bei dem hiesigen Hauptsteueramt ist die Dekopistenstelle mit einem Gehalt von jährlich 900 ℳ in Erledigung gekommen und soll in Bälde wieder besetzt werden.

Bewerber haben ihre Eingaben unter Anschluß der Zeugnisse innerhalb 8 Tagen anher einzureichen.

Säckingen, den 8. November 1876.

Großh. Hauptsteueramt.

Druck und Verlag der G. Braun'schen Hofbuchdruckerei.

(Mit einer Beilage.)